

5. März 1935
Lulo
mlich
tigen
ter
pianos
ur Cent
er-Passag
abbilder
etpianos
ur, 21.4
g nach Mil
ahrilings
brillanten
I Mobilf
Supratra
Gründungs
retr. 2-4
ursten
Boro m
Pamre
omme
rband
eller
Waren
ppel
ergraben 3
mmer 31. 22
Seestr. 2
hören Sie
le
18

Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Grundpreis: die 22 mm breite mm-Zeile im Anzeigenfall 14 Rpf., die 70 mm breite mm-Zeile im Textfall 1,10 RM. Rabatt nach Skizze D. Anzeigenpreisliste Nr. 2. Briefgebühr für Druckanzeigen 50 Rpf. auschl. Porto. Für Einlieferung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugpreise: Bei freier Zustellung ins Haus 2,00 RM. einchl. Trägerlohn monatlich. Selbstmonat 1,00 RM. Postbezug monatlich 2,00 RM. einchl. 45 Rpf. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Kreuzbandsendungen: Für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 10 Rpf., außerhalb Groß-Dresdens 15 Rpf.

Postadresse: Dresden-N. 1, Postfach - Fernruf: Drischvertehr Sammelnnummer 24601, Fernvertehr 14 194, 20024, 27981-27983 - Teleg.: Neueste Dresden - Berliner Schriftleitung: Viktoriastr. 1a; Fernruf: Kurfurt 9361-9366
Postfach: Dresden 2060 - Nichterlangte Einsendungen ohne Rücksicht werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt. - Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsere Bezüher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 64 x

Sonnabend, 16. März 1935

43. Jahrgang

Neue Störungsversuche aus Paris und Moskau

Rintelen zu lebenslänglichem Kerker verurteilt - Die neue Entwicklung in Griechenland - Wieder ein litauischer Rechtsbruch

„Geht nicht nach Genf!“

London zum abessinischen Streitfall
Telegramm unseres Korrespondenten

A. London, 15. März

Der Stillstand der italienisch-abessinischen Verhandlungen wird in London sehr bedauert und hat hier eine beträchtliche Nervosität hervorgerufen. Die englische Regierung ist erneut in Addis Abeba und Haile Selassie geworden mit dem Erläuterung, den Streitfall auf friedlichem Wege beizulegen.

Zah der abessinische Kaiser lebt unbedingt den Völkern und erneut einhalten will, hat in England höchlich unangenehm berührt. Es ist ganz amüßig zu sehen, wie man sich in England auf der einen Seite für ihn Propaganda zu machen, und auf der anderen Seite gern auf seine praktische Mitwirkung verzichtet. Gerade im Hinblick auf die kommenden Verhandlungen Sir John Simon in Berlin unterläßt man es hier nicht, Deutschland immer wieder die Anwesenheit zu geben, nach Genf zurückzuführen. In der abessinischen Frage dreht man genau die entgegengesetzte Politik. Man fürchtet wahrscheinlich mit Recht, daß eine Verhandlung des abessinischen Streitfalles durch den Völkerbund nur eine zweite Auflage des mandatsrechtlichen Problems werden würde. Eine Entschleunigung des Bundes ansonsten Abessinien würde, wie man hier glaubt, Italien auf den Gedanken bringen, wie Japan agieren, nämlich aus dem Völkerbund auszuscheiden. Es ergibt sich daher die etwas furchtvolle Lage, daß England, um ein weiteres Verlassen des Völkerbundes zu vermeiden, in Addis Abeba davon abräät, sich der Völkerbundsmaschine zu bedienen.

Nachspiel zu Schuschnigg's Pariser Besuch

Paris, 15. März

In der Vormittags-Sitzung der Kammer demängste der Abg. Henriot die Tatsache, daß die Regierung nicht in der Lage gewesen sei, dem österreichischen Bundeskanzler einen würdigen Empfang zu leisten. Die ganze Welt sei empört darüber gewesen, zu erfahren, daß

Frankreich einen ausländischen Minister nicht mehr empfangen könne, ohne ihn zu verurteilen.

Außenminister Laval antwortete, daß, abgesehen von der persönlichen Gastfreundschaft Frankreichs, schon der Anlaß des Besuches des österreichischen Bundeskanzlers und seines Außenministers allein die beiden Staatsmänner vor gewissen Anarissen hätte schützen müssen. Sie seien nach Paris gekommen, um den Donaupakt und verschiedene mit der Aufrechterhaltung des Friedens in Mitteleuropa zusammenhängende Fragen zu besprechen.

Frankreich habe sich nicht in die Politik des Bundeskanzlers Schuschnigg einmischen

und sich nicht mit dem inneren Regime anderer Völker zu befassen. Die französische Regierung habe in vollem Einvernehmen mit den österreichischen Behörden gehandelt und die französische Regierung treffe kein Vorwurfs. Laval verlangte infolgedessen von Henriot, daß er seine Anfrage zurückziehe. Der kommunistische Abgeordnete Vèri äußerte seine Genugtuung darüber, daß die Ankunft des Bundeskanzlers in Paris dem französischen Volke die Gelegenheit gegeben habe, eine Rundgebung gegen den österreichischen Faschismus zu veranstalten. Eine Anspielung des kommunistischen Abgeordneten auf die Frage der Daboburger-Restauration

veranlaßte den Außenminister Laval zu der Erklärung, er halte sein Dementi anstrengt, daß die Frage der Restauration der Daboburger nicht besprochen worden sei. In dieser Frage stimme die Politik Frankreichs voll und ganz mit der Politik seiner Freunde von der Kleinen Entente überein. Zum Schluß der Sitzung sagten beide Abgeordneten ihre Anfragen zurück.

Lionel George an Ramsay MacDonald

London, 15. März. (Durch Funkpost)

Die Zeitschrift mit den wirtschaftlichen und finanziellen Reformvorschlügen Lord Georges, der sogenannte „New Deal“ ist am Donnerstagabend von Lord Georges Privatsekretär in der Kammer des Premierministers abgegeben und sofort durch besonderen Kurier nach Chequer weitergeschickt worden, wo MacDonald bis Sonntagabend weilen wird.

Unbehagen wegen Simons Reise

Tendenzlose Auslastung der Havas-Agentur

Paris und Moskau sehen der Reise des englischen Außenministers Sir John Simon nach Berlin mit größtem Unbehagen entgegen. Die russischen Posthalter gehen am Canal d'Oran und in Downingstreet geschäftig ein und aus. Stalin schickte sogar eine persönliche Botschaft an das englische Kabinett, und mit allen Mitteln versucht man, den englischen Sendboten von vornherein zu beeinflussen und seine Verhandlungen auf ein bestimmtes Gleis zu schieben.

Dafür steht auch eine Auslastung der offiziellen französischen Havas-Agentur, in der u. a. angeht wird, man habe guten Grund zu der Annahme, daß die englische Regierung die Sicherheitsfrage im Westen und im Osten Deutschlands als eine voneinander unabhängige Einheit betrachte. Infolgedessen werde jede Annahme, die Sicherheit in Osteuropa unabhängig von Frankreich zu organisieren, in London als nicht den Erfordernissen der Lage entsprechend angesehen. Sicherheit sei im übrigen nur durch gegenseitige Reichsversicherungen zu erreichen. Sollte die Ansicht in Berlin gebilligt werden, so würden die englischen Unterhändler über eine Anerkennung der deutschen Autonomie zu verhandeln. Diese Anerkennung dürfe aber

nicht soweit gehen, Deutschland die gleichen Rechte wie Sowjetrußland anzuerkennen. Paris verhält sich also, dem englischen Außenminister von vornherein eine gebundene Wartroute vorzuschreiben, und man fragt sich, wo denn eigentlich zur Zeit die englische Außenpolitik gemacht wird, in Paris und Moskau oder in London. Nach dem Londoner Schlußbericht sollen die Verhandlungen mit Deutschland eine freie Aussprache unter Gleichberechtigten darstellen. Taran hatten wir schon im voraus die Verhandlungsgrundlage bis in alle Einzelheiten und ohne unsere Mitwirkung festgelegt wird. Es ist unmöglich, Deutschland auf der einen Seite zu einer freien Aussprache einzuladen und ihm auf der anderen mitzuteilen, was es unbedingt annehmen muß.

Weshalb ist es möglich, daß sich alle Mächte schon im voraus auf gewisse Richtlinien geeinigt haben, aber diese Richtlinien können aus nicht diskussionslos ausgehandelt werden, sondern müssen gleichfalls dem Gegenstand einer freien Aussprache bilden. Man kann nicht von neuem Geist einer neuen Zeit und von Gleichberechtigung reden und gleichzeitig die Methoden von Versailles anwenden, bei denen von Gleichberechtigung keine Rede war. Deutschland hat zu Verhandlungen bereit, aber die Zeiten der Diktate sind für alle Zeit vorüber.

Die Hecke in Paris geht weiter

Stimmungsmache für die zweijährige Dienstzeit

Telegramm unseres Korrespondenten

H. Paris, 15. März

In der Debatte der französischen Kammer ist es geblieben zu einem bezeichnenden Zwischenfall gekommen. Man erinnert sich, daß der radikale Abgeordnete Arthaud, Berichterstatter für den Etat des Reiches, im November des vergangenen Jahres bei der Debatte über das Budget „sentimentale Enttäuschungen“ über die deutschen Haltungen gemacht hatte. Arthaud legte nun seinen Bericht in der Kommission des Wehrbaus ab, daß ihm diese „Enttäuschungen“ von der russischen Botschaft in Paris geteilt worden seien.

„Also sind die Sowjets die eigentlichen Urheber der zweijährigen Dienstzeit in Frankreich“, schlüssfolgerte ein Abgeordneter der Linken. „Sie brauchen ja nur Ihre kommunistischen Kollegen zu befragen“, erwiderte der Vorsitzende der Kommission, Oberst Aubry. Die kommunistischen Abgeordneten hielten sich aber in völliger Schweigen und erklärten zum Schluß der Sitzung, daß sie geschlossen gegen jede Erhöhung der Dienstzeit in Frankreich stimmen würden. Außenminister Laval hat gestern wieder den Besuch der russischen Botschaft in Paris, Potemkin, empfangen. Die Unterhaltung drehte sich um die bevorstehenden Reisen Sir John Simons nach Berlin und Edens nach Moskau. Inzwischen wird die Hecke gegen Deutschland wegen der von Göring mitgeteilten

Organisation der deutschen Luftwaffe

eifrig fortgesetzt. In parlamentarischen Kreisen geht, wie das „Petit Journal“ berichtet, weiter das Gerücht um, daß England, Frankreich und Italien einen „Schritt in Berlin“ unternehmen würden. Besonders der „Matin“ gefäht sich in Klarmeldungen. Er behauptet, daß Deutschland heute schon 600.000 Mann unter der Fahne stehen (!) habe und daß die industrielle Kriegsvorbereitung Deutschlands härter sei als die Frankreichs nach der Mobilisation. (!) Die Reichswehr sei schon darauf gut vorbereitet, daß sie am ersten Kriegstage mit ihren Tanks vor den Toren von Paris stehen könne. (!) Man sieht also, in welcher Stimmung das Parlament heute in die Debatte um

die zweijährige Dienstzeit

eintritt. Wie immer, hat es die französische Stimmungsmache glänzend verstanden, eine politische Panik hervorzurufen, die anzunehmen einer parlamentarischen Entscheidung über die zweijährige Dienstzeit ausgenutzt werden soll. Als Auskunft zur Kammeransprache hatte der Führer der Feuerkreuzler, Oberst de la Rocque, keine Anhänger zu einer Massenversammlung aufgerufen, in

der er für die gleichliche Erhöhung der Dienstzeit eintrat. Gegen die zweijährige Dienstzeit wendet sich der Frontkämpferführer Pinchot im „Ceuvre“. Er betont, es erweise besonders bedenklich, daß man heute einer Dienstzeiterhöhung mit denselben Argumenten das Wort reden wolle wie 1913 bei der Einführung der dreijährigen Dienstzeit. Pinchot stellt dann folgende Frage: Wenn Deutschland, dessen Bevölkerung 60 Millionen Menschen beträgt, 300.000 Mann mehr einstellt, was wird Frankreich dann tun?

Wird es die vierjährige Dienstzeit einführen? Wenn Deutschland die allgemeine Wehrpflicht einführt, was wird man uns dann vorschlagen? Die marxistischen Parteien haben ihre Anhänger zur Massenandrangung gegen die Erhöhung der Dienstzeit aufgerufen. Die erste dieser Massenveranstaltungen soll heute abend in einem großen Pariser Versammlungsort stattfinden. Angesichts der Erhöhung der Dienstzeit fürchtet man, daß Versammlungsteilnehmer verhaften werden, was einen Weg nach der Kammer zu bahnen, in der die Aussprache stattfinden.

Edens Programm für Moskau

Telegramm unseres Korrespondenten

A. London, 15. März

In den Besprechungen, die gestern abend zwischen dem Verteidigungsminister Eden und dem russischen Posthalter in London, W. A. S. K. K. K., stattfanden, sind die Einzelheiten von Edens Moskauer Reise festgelegt worden. Der Eden wird gemeinsam mit Sir John Simon am 24. März nach Berlin fahren. In die deutsch-englischen Besprechungen am Dienstag, dem 20. März, abgesehen sein werden, nach Eden dem am selben Tag abends mit dem Zug nach Moskau. Auf diesem Wege wird ihn der russische Posthalter in London begleiten. Eden trifft am Donnerstagmorgen in Moskau ein und wird mindestens bis zum Sonntag in der russischen Hauptstadt bleiben. Auf der Rückreise wird der Vordiensthabende dann Paris besuchen. Wie lange der Moskauer Besuch dauern wird, steht noch nicht fest.

In Moskau wird Eden auch eine Unterredung mit Stalin haben. Die Hauptverhandlungen werden aber zwischen ihm und Litwinow geführt werden. In England legt man auf den Moskauer Besuch erheblichen Wert. Man spricht hier die Hoffnung aus, daß Eden, nachdem er an den Berliner Besprechungen teilgenommen hat und genau die Haltung der deutschen Regierung kennt, die Verhandlungen so erfolgreich durchführen werde, daß ein Besuch Sir John Simons in der russischen Hauptstadt nicht mehr notwendig sei.

Unruhiger Balkan

Von unserer nach dem Südosten Europas entlassenen Sonderkorrespondenten

E. B. Budapest, 14. März

Der Balkan scheint sich noch immer als der Wetterwinkel Europas behaupten zu wollen. Wenn die Dürre die Bäume laß in die Erde und mit ihren Niederblättern die von der sengenden Sommersonne verbrannten Zweigen in einen granitischen Morast verwandelt, aber auch wenn die langsam wärmende Frühjahrsbrünne das Eis und den Schnee in den Bergen schmilzt, dann brauchen sich auch die politischen Wetter am Balkan. Bald ist irrend im Südosten Europas eine natürliche und friedliche Entwicklung an, so wird langsam an einer andern Stelle ein Sturm entlastet, der alle jenseitigen Reime des Friedens zu finden droht.

Nur hat es in den letzten Jahren am Balkan nicht gegeben. Als König Alexander von Jugoslawien seine balkanische Politik einer friedlichen und freundschaftlichen Verhandlung mit Bulgarien betreiben wollte, wurde er von den Mächten in Warschau gelassen. Jugoslawien hat sich von dem hartem Schicksal noch nicht erholt, und es geht nun in den bevorstehenden Wahlen zur Zuspitzung eine neue Plattform für die Fortführung einer als richtig und notwendig erkannten Politik zu finden. In Bulgarien geht es weiter, und wir scheinen noch nicht am Ende unruhiger Regierungsentwicklungen angekommen zu sein. In Albanien werden Unruhen und Verwirrungen angezettelt, deren wahre Ursachen und deren Umfang noch nicht völlig geklärt sind.

Und nun hatte sich in Griechenland der alte Revolutionär von Aris, Venizelos, mit einem starken Anhang in der Armee und in der Flotte im dem Augenblicke gegen die Regierung Zaldaris erhoben, als das Ministerium Italien infolge der Mobilisierungen für Abessinien wohlgeachtet dahinstand und seine Streitkräfte anstatt nach Afrika auch nach dem Balkan hätte beordern können. Venizelos ist immer ein großer Streiter für Italien gewesen, und man erinnert sich heute besonders deutlich der Begründung seines Einspruches gegen den Balkanpakt; daß er Griechenland im Falle eines Konfliktes zwischen Italien und Jugoslawien gegen das betrennte Italien führen könne. In Rom betrachtet man mit Entschiedenheit, irrendem Blick auf Venizelos zur Ansetzung seiner Revolution geht zu haben, und wenn der alte verlagene Kreier sich nach dem völligen Zusammenbruch seiner bemalten Erhebung gegen die griechische Regierung auch nach Italien gesüchtet hat, so brauchen den italienischen Erklärungen keine Zweifel entgegengelegt zu werden. Auf eine so einfache Formel können die Dinge schwerlich gebracht werden.

Aber es ergeben sich doch noch von selbst gewisse Zusammenhänge der Ereignisse auf dem Balkan mit den aktuellen Entwicklungen auf dem internationalen Politik Europas und der Welt. Tak Wustoliet gerne eine für Italien noch zuverlässigere Regierung als diejenige des Ministerpräsidenten Zaldaris in Athen lösen läßt, ist leicht zu glauben. Vor allem hat Italien ein großes Interesse an jeder Schwächung des Balkanbundes, möchte aber auf der anderen Seite auch jede wertvolle Verhandlung zwischen Belgrad und Sofia verhindern und Albanien unter der Obhut Italiens halten. Daraus ergibt sich das natürliche Interesse Italiens an allen Vorhängen auf dem Balkan, die, ohne Italiens Zutun in sich genommen, geeignet scheinen, eine den italienischen Wünschen liegende Entwicklung zu fördern. Für die italienische Politik genügt es auch schon, wenn der Balkan nicht zur Ruhe kommt, ohne daß unbedingt kriegerische Ereignisse eintreten. Der Aufrechterhaltung eines solchen Anstandes des Unruhe auf dem Balkan ist das Wistrauen unter einzelnen Balkanstaaten besonders dienlich.

Es ist hier schon im vergangenen Herbst auf die militärischen Rüstungen der Türkei im Rahmen von Adrianopel oder Ödine, wie die Türken sagen, hingewiesen worden. Die Türkei begründet die Wafferrüstungen militärischer Art auf ihrem europäischen Gebiet u. a. mit dem ihr anstehenden Verbot der Befestigung der Dardanellen. Aber es steht wohl fest, daß die Türkei sich an dieses Verbot nicht hält und auch die Dardanellen stark befestigt hat. Nichts ist ihre Vorbereitungen also das einmal gegen mögliche Abfälle Italiens, so im Rahmen von Adrianopel gegen Bulgarien, dem man in der Türkei immer wieder Absichten der Ausdehnung nach dem Süden nachsagt. Bildete Griechenland in der gemeinsamen